



Zeitschrift für Diskursforschung

Journal for Discourse Studies

Herausgegeben von Reiner Keller | Werner Schneider | Willy Viehöver

■ **Jürgen Link**

Diskurs, Interdiskurs, Kollektivsymbolik

■ **Michael Schetsche | Ina Schmied-Knittel**

Deutungsmuster im Diskurs

■ **Silke van Dyk**

Was die Welt zusammenhält. Das Dispositiv als
Assoziation und performative Handlungsmacht

■ **Wolf J. Schünemann**

Der EU-Verfassungsprozess und die ungleichzeitige
Widerständigkeit gesellschaftlicher Wissensordnungen

■ **Inga Truschkat | Inka Bormann**

Das konstruktive Dilemma einer Disziplin

Inhaltsverzeichnis

Reiner Keller / Werner Schneider / Willy Viehöver

Editorial 2

Themenbeiträge

Jürgen Link

Diskurs, Interdiskurs, Kollektivsymbolik. Am Beispiel der aktuellen
Krise der Normalität 7

Michael Schetsche / Ina Schmied-Knittel

Deutungsmuster im Diskurs. Zur Möglichkeit der Integration
der Deutungsmusteranalyse in die Wissenssoziologische Diskursanalyse 24

Silke van Dyk

Was die Welt zusammenhält. Das Dispositiv als Assoziation und
performative Handlungsmacht 46

Wolf J. Schünemann

Der EU-Verfassungsprozess und die ungleichzeitige Widerständigkeit
gesellschaftlicher Wissensordnungen – exemplarische Darstellung
eines Ansatzes zur diskursanalytischen Referendumsforschung 67

Inga Truschkat / Inka Bormann

Das konstruktive Dilemma einer Disziplin – Sondierungen
erziehungswissenschaftlicher Zugänge zur Diskursforschung 88

Wolf J. Schünemann

Der EU-Verfassungsprozess und die ungleichzeitige Widerständigkeit gesellschaftlicher Wissensordnungen

Exemplarische Darstellung eines Ansatzes zur diskursanalytischen Referendumsforschung

Zusammenfassung: Dieser Beitrag beschreibt eine umfassende Studie zu drei EU-Vertragsreferenden (in Frankreich, den Niederlanden und Irland). Sie vermeidet die den gängigen Verfahren der Wahl- und Einstellungsforschung eigene artifizielle Trennung der Wahlentscheidung von den diskursiven Prozessen, aus denen diese notwendig hervorgeht. Auf der Grundlage der Wissenssoziologischen Diskursanalyse wird ein komplexes Untersuchungsdesign entwickelt, das die interpretative Rekonstruktion der diskursiven Prozesse in Referendumsdebatten erlaubt und sie einem systematischen Vergleich zuführt. Damit wird zum einen ein neuartiger Ansatz einer diskursanalytischen Referendumsforschung vorgestellt, zum anderen ergibt sich mit der ungleichzeitigen Widerständigkeit gesellschaftlicher Wissensordnungen auch eine theoretische Überlegung.

Schlagwörter: Europäische Integration, Legitimitätsdefizit, Referendumsforschung, Wissenssoziologische Diskursanalyse, Argumentenanalyse, Integrationstheorie

Abstract: This article describes a comprehensive study of EU treaty referendums (in France, the Netherlands and Ireland). It avoids the artificial isolation of the voter's decision from the discursive processes it necessarily emanates from, that is common practice in election studies. A complex design for empirical research is developed on the basis of the Sociology of Knowledge Approach to Discourse. It allows for the interpretive reconstruction of the discursive processes in referendum debates as well as their systematic comparison. Thereby, an innovative approach to discourse analytical referendum research is presented. Additionally, there is a theoretical outcome with the observation of a non-synchronous resistance of social knowledge orders.

Keywords: European integration, legitimacy deficit, referendum research, Sociology of Knowledge Approach to Discourse, argumentation analysis, integration theory

Einleitung

Als am 1. Dezember 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft trat, gelangte der fast zehn Jahre andauernde konstitutionelle Reformprozess der Europäischen Union an sein Ende. Allerdings wurde der Gemeinschaft keine Verfassung gegeben, sondern doch nur ein von konstitutioneller Symbolik weitgehend befreiter Reformvertrag, der die wesentlichen Reformmaßnahmen des verworfenen Verfassungsvertrags enthielt. Als Grund für das

Scheitern des Verfassungsdokuments können Volksabstimmungen mit negativem Ergebnis in zwei Gründungsstaaten der Gemeinschaft gelten. Am 29. Mai bzw. 1. Juni 2005 sprachen sich Franzosen und Niederländer in direktdemokratischen Abstimmungen klar gegen den Verfassungsvertrag aus. Im Folgenden scheiterte nach einer fast zweijährigen sog. Phase der Reflexion, einer Wiederbesinnung auf den gewohnt inkrementellen Modus der Systemgestaltung und der Abfassung eines entsprechenden Reformvertrags zwar auch dieses Dokument an seiner ersten und einzigen direktdemokratischen Bewährungsprobe, denn die Iren votierten im Juni 2008 mehrheitlich gegen die Reform. Nach sechzehn Monaten, einigen Zugeständnissen an die irische Seite sowie einem massiven Einbruch der nationalen Volkswirtschaft entschieden sich die irischen Wähler im Oktober 2009 in einem zweiten Referendum aber mit großer Mehrheit für die Reform (s. hierzu Schünemann 2010).

Der krisenhafte Reformprozess der 2000er Jahre, insbesondere die gescheiterten Referenden der Franzosen und Niederländer sowie mit freilich abgeschwächter Wirkung auch dasjenige der Iren, haben das Legitimitätsproblem der EU so deutlich zutage treten lassen wie nie zuvor. Alle drei Abstimmungen stellen mehr oder weniger verstörende Ereignisse des europäischen Integrationsgeschehens dar, weil sie auf dem Höhepunkt einer neoföderalistischen Ambition zum Vorschein brachten, dass die nationalen Souveräne von der vorgeblichen Notwendigkeit der Verfassungsgebung im Allgemeinen und dieser Reform im Besonderen nicht zu überzeugen waren.

Im Folgenden wird eine breit angelegte diskursanalytische Studie vorgestellt, die im Jahr 2013 in Buchform erscheinen wird (Schünemann 2013). Zur Untersuchung der genannten Referendumsdebatten in Frankreich, den Niederlanden und Irland entwirft sie ein komplexes diskursanalytisches Design zur vergleichenden Referendumsforschung. Dabei begreift sie die jeweiligen Abstimmungen als Momentaufnahmen gesellschaftlicher Kommunikationszusammenhänge. Ihr primäres Erkenntnisinteresse liegt mithin in einem tieferen Verständnis der Referendumsdebatten als gesellschaftliche Deutungsprozesse, in denen der europarechtliche Gegenstand mit gesellschaftlichen Wissensbeständen konfrontiert und in diese eingeordnet wird. Im vorliegenden Beitrag können freilich nur die wesentlichen Ausgangspunkte, theoretischen Annahmen, methodischen Instrumente sowie zentrale Ergebnisse exemplarisch dargestellt werden. Dazu wird zunächst der Stand der Referendumsforschung knapp geschildert (1). Darauf folgen Ausführungen zur Wissenssoziologischen Diskursanalyse, ihrem gegenstandsgerechten Zugschnitt und dem gewählten methodischen Vorgehen (2). Daran anschließend werden aus zwei analytischen Perspektiven, nämlich zum einen auf die an den Debatten beteiligten Sprecher und ihre Sprecherpositionen, zum anderen auf die in den Debatten artikulierten Argumente, Ergebnisse präsentiert und miteinander verglichen (3). Zuletzt werden in einem Fazit die wesentlichen Vorzüge einer diskursanalytischen Referendumsforschung noch einmal zusammengefasst und integrationstheoretische Überlegungen abgeleitet.

1. Zum Stand der Referendumsforschung

Die Referendumsforschung wird dominiert durch empirisch-analytische Studien, die mit den überwiegend quantitativen Methoden der politischen Soziologie operieren. Oftmals ausgehend von Rational Choice-Modellen des Wählerverhaltens versuchen sie mehr oder weniger universell gültige Ursachen für die Wahlentscheidung in europapolitischen Referenden und die Gründe für ihren Ausgang zu formulieren. Die Ex-post-Rationalisierungsstrategien vermögen zumindest in vergleichenden Studien nicht zu überzeugen, weil die diskursiven Ursprünge von Wahlakt und -ergebnis vernachlässigt werden. Das Alter eines Wählers etwa, sein Bildungsstand oder Einkommensniveau stehen nicht per se in irgendeiner sinnhaften Beziehung zu seinem Wahlverhalten. Derartige Relationen sind nur auf der Basis einer notwendig ablaufenden Vermittlung der sozialen Position mit dem jeweiligen Wahlakt und -gegenstand denkbar. Diese Vermittlung ist nicht anders denn als kollektive Sinnstiftung zu verstehen, die in diskursiven Prozessen und damit eingebettet in je spezifische kulturelle Kontexte stattfindet. Der individuelle Wähler kann also nicht einfach als eine transgesellschaftliche Vergleichsgröße herangezogen werden, denn seine Einstellungen, Meinungen und sein Wissen über den Gegenstand und dessen Bedeutung sind keine individuellen Angelegenheiten. Sie haben ihre Entstehungsbedingungen notwendig in gesellschaftlichen Diskursen. Daraus folgt, dass das Abstimmungsverhalten des im Wahlakt – vielleicht gar rational – handelnden Individuums nicht abgekoppelt von den spezifischen Referendumsdebatten zu betrachten ist, zumindest nicht, wenn ein vergleichendes Forschungsinteresse besteht.

Nun findet sich für die behandelten Fälle auch eine Reihe von Forschungsbeiträgen, welche die Referendumsdebatten in den Blick nehmen (vgl. Harmsen 2005; Lucardie 2005; Nijeboer 2005; O'Brennan 2009; Perrineau 2006; Quinlan 2008; Sauger/Brouard/Grossman 2007; Schild 2005). Hier erreicht die Analyse und Darstellung der Debattenzusammenhänge aber meist nicht die methodische Systematik, wie sie bei der Verarbeitung und Auswertung demoskopischer Daten betrieben wird. Demgegenüber stehen seltenere systematische kommunikations- und politikwissenschaftliche Studien, die etwa auf quantitative oder qualitative Medieninhaltsanalysen für den jeweiligen Kampagnenzeitraum setzen. Sie sind jedoch in der Regel nicht vergleichend angelegt, sondern beschreiben nur den jeweiligen Einzelfall (vgl. Aboura 2005; Kleinnijenhuis/Takens/Atteveldt 2005; Piar/Gerstlé 2005). Insgesamt entsteht für die Referendumsforschung geradezu der Eindruck einer Art Unschärferelation: Entweder sie betrachtet den sozio-historischen Einzelfall in seiner je eigenen Komplexität und verzichtet damit auf einen vergleichenden Ansatz oder aber sie wählt den Vergleich mehrerer Fälle und wird dem Einzelfall nicht gerecht, weil sie von den der Wahlentscheidung zugrundeliegenden gesellschaftlichen Deutungsprozessen abstrahieren muss. Die im Folgenden beschriebene Untersuchung versucht diese dilemmatische Konstellation aufzuheben.

2. Wissenssoziologische Diskursanalyse und ihr gegenstandsgerechter Zuschnitt

Die Frage nach dem Wissen

Wissen spielt in der Referendumsforschung immer schon – d.h. auch jenseits einer konstruktivistischen Perspektive – eine Rolle. Dies gilt zunächst offensichtlich für die normativ geprägte Diskussion über die Sinnhaftigkeit direktdemokratischer Verfahren überhaupt, deren Extrempositionen, von konträren politanthropologischen Annahmen ausgehend, vornehmlich über die Fähigkeit des Wählers streiten, vernünftige Entscheidungen zu fällen. Lupia und McCubbins beschreiben die grundlegende Wissensfrage gar als das eigentliche demokratische Dilemma: »The *democratic dilemma* is that the people who are called upon to make reasoned choices may not be capable of doing so« (Lupia/McCubbins 1998, S. 1). Nehmen liberaldemokratische Theoretiker diesbezüglich eine meist skeptische Position ein, von der aus sie ihr Plädoyer für repräsentative Verfahren der politischen Entscheidungsfindung begründen (vgl. Downs 1968; Sartori 2006; Schumpeter 1942/2005), werden sie von den Befürwortern direkter Bürgerpartizipation und den Anhängern einer gleichsam gelebten Volkssouveränität herausgefordert (vgl. Barber 1994). Die in diesem Beitrag eingenommene wissenssoziologische Perspektive weicht diesen normativen Fragen von vornherein aus.

Allerdings hinterlässt die liberaldemokratische Skepsis gegenüber einem schlecht informierten, wenig aufmerksamen und insgesamt wenig wissenden Durchschnittswähler erkennbare Spuren auch in der, überwiegend von ökonomischen Modellen der Wahlentscheidung ausgehenden, empirisch-analytischen Aufarbeitung vor allem gescheiterter Referenden, also EU-Vertragsreferenden mit ablehnenden Voten, die den entsprechenden Analysten in besonderer Weise als erklärungsbedürftige Phänomene erscheinen. Eine besondere Bedeutung hat dabei eine positivistische Wissenshypothese, die auf die integrationsoptimistische Annahme der kognitiven Mobilisierung (Inglehart 1970) zurückgeht. Auf diesen Begriff hatte Inglehart in den 1970er Jahren den von ihm vermuteten Zusammenhang gebracht, wonach ein größeres Wissen über die damalige EG-Integration bei den Bürgern zu einem höheren Maß an Unterstützung führe. Auf die Referendumssituation gemünzt, lässt sich die Annahme ableiten, dass ein größeres Wissen über den Abstimmungsgegenstand, also die EU im Allgemeinen und den Vertragstext im Besonderen, ein zustimmendes Votum wahrscheinlicher mache. Demgegenüber tendierten Wähler mit geringem Wissen über EU oder Vertrag zu einem negativen Votum. Ebendieser Zusammenhang wird von vielen Beobachtern und Kommentatoren der besagten EU-Referenden unterstellt (Marsh 2010, S. 188; O'Brennan 2009; Sinnott et al. 2009; Voogd 2005, S. 112 f.). Ohne auf die methodischen Herausforderungen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben und die in den zugrundeliegenden Studien in der Regel nicht bewältigt werden, an dieser Stelle näher einzugehen, kann grundsätzlich ein unmittelbarer Zusammenhang von Faktenwissen, d.h. objektiven Kenntnissen über das Einigungswerk und den EU-Vertragstext mit einer Befürwortung des Projekts bezweifelt werden. Faktisch richtige Informationen, etwa über die Größe des Parlaments und der nationalen

Delegation darin, die Stimmenverhältnisse im Ministerrat bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen oder den fehlenden Gottesbezug in der Präambel, bedürfen in jedem Fall einer standortabhängigen Bewertung, um sich auf die Wahlentscheidung auswirken zu können. Diese Bewertungen wiederum sind abhängig von Deutungsangeboten, die in Diskursen zirkulieren. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass sich aus der aktualisierenden Vermittlung kollektiver Wissensbestände mit dem Wahlgegenstand das evaluative ›Gespür‹ erst ergibt, das sich in einer Wahlentscheidung niederschlägt. Erbitterte Deutungskämpfe stellen denn auch die empirisch erfahrbare Realität von EU-Vertragsreferenden dar. Der tatsächliche Wahlakt ist demgegenüber nur die politisch entscheidende Momentaufnahme und geht notwendig aus diesen Deutungskämpfen hervor.

Eine objektive Evaluation politischen Wissens in gesellschaftlichen Debatten scheint mithin weder sinnvoll noch möglich. Wissen ist in diesen Zusammenhängen kein knappes Gut, sondern immer schon vorhanden und notwendig vielgestaltig. Deshalb wählt die im Folgenden beschriebene Studie bewusst ein interpretatives Vorgehen der Referendumsanalyse, um sich die existenten Sinnstrukturen und Wissensbestände in den betrachteten Gesellschaften näherungsweise zu erschließen, die diskursiven Prozesse zu rekonstruieren und einem systematischen Vergleich zuzuführen. Reiner Keller hat mit der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) ein Forschungsprogramm entworfen, das mit der Hermeneutischen Wissenssoziologie, als deren grundlegender Text »Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit« von Berger und Luckmann gelten kann (Berger/Luckmann 1969), sowie mit der Diskursanalyse nach Michel Foucault, wie er sie insbesondere in seiner »Archäologie des Wissens« (Foucault 1981) dargelegt hat, »zwei Traditionen der sozialwissenschaftlichen Analyse von Wissen« (Keller 2008, S. 11) verbindet. Durch die Kombination dieser theoretischen Perspektiven erlaubt die WDA die Analyse diskursiver Strukturen in den zu untersuchenden Debatten unter Berücksichtigung von Sprechern und kollektiven Akteuren und ihrer Wirklichkeit konstruierenden Funktion in gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen.

Die Wissenssoziologische Diskursanalyse und ihr Zuschnitt

Mit der WDA kommt ein breit angelegtes Forschungsprogramm zur Anwendung. Keller verortet es im theoretisch-methodologischen Feld der Grounded Theory (Glaser/Strauss 2010; Strauss 1998), weil es insofern zu gegenstandsbezogenen Anpassungen und zur Selbstkorrektur fähig ist, als es nicht mit einer starren Theorie und daraus deduktiv abgeleiteten Annahmen und Gesetzmäßigkeiten an einen Gegenstand herantritt (Keller 2008, S. 11 f.). Dieser Tradition qualitativer Sozialforschung entstammend, bedarf die WDA in der Regel also eines gegenstandsgerechten Zuschnitts, der hier für die Referendumsforschung (vielleicht für die Wahlkampf- und -debattenforschung im Allgemeinen) vorgenommen werden soll.

Im Sinne der Hermeneutischen Wissenssoziologie und in Abgrenzung zum oben beschriebenen positivistischen Wissensbegriff der herkömmlichen Referendumsforschung erscheint Wissen einzig in Gestalt gesellschaftlich konstruierter Wissensvorräte, die von

den Mitgliedern einer Gesellschaft als immer schon verfügbare Bestände angeeignet werden können und müssen, damit diese in ihrer sinnhaft konstruierten Lebenswelt handlungs- und verständigungsfähig sind (Berger/Luckmann 1969, S. 3, S. 16 und S. 20; Keller 2006, S. 118 ff.; Keller 2008, S. 40-48 und S. 181). Mit Keller sind die Referendumsdebatten als mehrmonatige Zusammenhänge der Textproduktion, die darin identifizierbaren Diskurse sind als »Erscheinungs- und Zirkulationsformen des Wissens« (Keller 2008, S. 97) zu verstehen, konkret: des Wissens über die Europäische Union, den Nationalstaat, auch Politikfelder wie die Außen-, Sozial- oder Umweltpolitik, über Begrifflichkeiten wie Verfassung, Liberalismus, Globalisierung etc. Gerade das gesellschaftliche Großereignis einer bevorstehenden Ratifizierung eines EU-Vertrags per Referendum mobilisiert kollektive Akteure, den Gegenstand der Abstimmung möglichst publikumswirksam in die von ihnen gewissermaßen ver- und bewahrten Wissensbestände und fortlaufenden Geschichten der europäischen Einigung einzuordnen, wodurch sie diese gegenstandsabhängig aktualisieren. Diese kollektiven Sinnstiftungsprozesse schlagen sich in wiederkehrenden Deutungsmustern empirisch nieder, die sich etwa im Kampagnenmaterial der Akteure identifizieren lassen.

Als eine erste gegenstandsgerechte Zuspitzung der WDA-Terminologie kann eine sehr abstrakte Definition des Diskursbegriffs gelten, der ganz im Sinne eines analytischen Instruments verstanden wird. Der Diskurs ergibt sich erst im Blickwinkel seines Analytikers als eine »nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis« (Keller 2007, S. 64). Damit wird dem Diskursbegriff nicht von vornherein ein in ihm verwirklichtes Wissensregime schon unterstellt, er dient zunächst nur als theoretisches Kriterium zur Analyse und Ordnung von Daten, die in Form von Aussageereignissen vorliegen (vgl. Keller 2007, S. 80; Keller/Viehöver 2006, S. 107; Knoblauch 2006, S. 216). Die weitere Spezifizierung des Diskursbegriffs für die vorliegende Untersuchung ergibt sich allein aus der besonderen Referendumssituation. Zeichnen sich Wahlkämpfe ganz allgemein durch eine offene Konfliktkonstellation aus, ist diese angesichts der binären Entscheidungskonfiguration bei Volksabstimmungen noch in zugespitzter Form zu beobachten. Aus dieser Tatsache folgt als forschungsleitende Annahme für diese Untersuchung, dass jede analyserelevante Aussage eine persuasive Absicht in Richtung Zustimmung oder Ablehnung des Vertragswerks zu erkennen gibt. Für die vorzunehmende Diskursanalyse ergibt sich daraus im Weiteren die grundlegende Unterscheidung zwischen einem Ja- sowie einem Nein-Diskurs für alle Referendumsdebatten.

Die zentrale theoretische Weichenstellung der Foucaultschen Diskurstheorie ist die Unterscheidung zwischen Äußerungen (»énonciations«) und Aussagen (»énoncés«). Mit sprachphilosophischem Vokabular lassen sich diese als die Typen (»types«), jene als die Vorkommnisse (»tokens«) diskursiver Praxis verstehen. Es ist Gelingensbedingung und Kerngeschäft der Diskursanalyse zugleich, dass sie den typisierbaren Gehalt von Äußerungen, die auch während einer Referendumsdebatte in einer unüberschaubaren Fülle und Verbreitung und in unterschiedlichsten Formen materialisiert getätigt werden, in einem seinerseits überschaubaren Katalog von Aussagen rekonstruieren kann bzw. rekonstruiert. Über diese Aussagenkataloge ist der systematische Vergleich mehrerer Debatten ohnehin nur möglich.

Die typisierbaren Gehalte zusammenhängender Äußerungen lassen sich zudem in unterschiedlich komplexen Kernaussagen verdichten. Diese beschreiben eine übergeordnete themenbezogene Kategorie, die sich im Wahlkampfgeschehen identifizieren lässt: das Argument. Das Argument dient sogleich als Interpretationscode sowie sinnhafter Verbund mehrerer Aussagen. Das Argument entsteht in der zeitlichen Dimension in dem Moment (beispielsweise während der Vorbereitungen auf einen Wahlkampf), in dem ein thematischer Diskursstrang in der Referendumsdebatte aufgegriffen und zu einem in der speziellen Situation geeigneten Aussagenzusammenhang geformt wird. Aus einer Verknüpfung eines außenpolitischen Diskursstrangs mit dem konkreten Abstimmungsgegenstand kann somit ein Argument im Wahlkampf hervorgehen, z.B. das Außenpolitische Argument der Vertragsbefürworter oder auch die in gewisser Hinsicht gegensätzliche Militarisierungskritik der Reformgegner.

Das Konzept des Arguments weist aus dem begrifflichen Spektrum der Diskursanalyse nach Foucault und auch der WDA hinaus (s. aber Hajer 2008). Um eine Anschlussfähigkeit an die übrige Wahlkampf- und -debattenforschung zu gewährleisten, ist es indes nahezu unerlässlich. Es darf allerdings nicht in deliberationstheoretischer Weise missverstanden werden (vgl. Dryzek 2000; Göler 2006; Habermas 1981; Habermas 1983; Habermas 1998; Neyer 2003). Das Argument und das Argumentieren stellen in solchen Ansätzen zentrale, bereits diskursethisch und damit verfahrensrationalistisch aufgeladene Begrifflichkeiten dar, wie etwa in der vielfach ausgestellten englischsprachigen Dichotomie der Verhandlungsführung von »arguing« versus »bargaining« oder in Risses emphatischer Aufforderung »Let's argue!« (Risse 2000) überdeutlich wird. Nun stellt aber die Entscheidung zwischen einem »Diskurs à la Foucault« und einem »Diskurs à la Habermas«, wie Jürgen Link zutreffend konstatiert, die »wichtigste erste Weichenstellung« (Link 2006, S. 407) für ein diskursanalytisches Vorgehen dar, hinter die die Erweiterung des begrifflichen Instrumentariums um die Argumentenkategorie freilich nicht zurückführen darf (vgl. Keller 2007, S. 8 und S. 18; Keller et al. 2006, S. 11 f.). Sie dient hier stattdessen nur als weitere analytische Kategorie, eingefügt zwischen Diskurs und Aussage. Sie sagt aber noch nichts über die ethische Qualität einer Debatte, ihre rationalistische Zielführung oder ihre strategische Mäßigung aus. Die hier zu untersuchenden Wahlkämpfe sind weit entfernt von einer idealen Kommunikationssituation und zeichnen sich gerade durch eine manifeste Konfliktorientierung aus.

Wissenssoziologische Strukturelemente

Als großer Vorteil der WDA gegenüber anderen diskursanalytischen Ansätzen gerade für die politikwissenschaftliche Forschung erweist sich der Akteursbezug. Individuelle Sprecher als soziale Rollenträger und damit eben ihre gesellschaftlichen Standorte oder Sprecherpositionen sind für die Untersuchung der Referendumsdebatten von großem Interesse. Wer spricht? Und von wo aus wird gesprochen? Diese Fragen gilt es im Forschungsprozess zu klären. Auch über diese Analyse der Sprecher und Sprecherpositionen lässt sich der Vergleich zwischen den betrachteten Fällen realisieren. Dafür darf der Akteurs-

bezug aber weder handlungstheoretisch noch poststrukturalistisch missverstanden werden. Weder haben Akteure und Sprecher ihre Aussagepraxis in den Referendumsdebatten unter einer vollständigen wahlstrategischen Kontrolle, noch sind sie als unbedeutende Materialisierungsmaschinen strukturell prädestinierter Aussagen zu verstehen. Stattdessen kann angenommen werden, dass individuelle Sprecher in soziale Kontexte und Gruppen eingebunden sind. Aus diesen Sozialisationskontexten heraus werden Wissensbestände in der Referendumsdebatte aktualisiert und ggf. angepasst und verändert. Im Rahmen der hier beschriebenen Studie werden individuelle Debattenteilnehmer als Sprecher bezeichnet und die kollektiven Akteure, für die sie sprechen, werden Sprecherpositionen innerhalb eines diskursiven Feldes zugeordnet. Ferner kann es zu strategischen Verbänden kommen, in denen mehrere kollektive Akteure für den Wahlkampf kooperieren. Diese intendierten meist lockeren Zusammenschlüsse werden als Kampagnenkooperationen bezeichnet. Davon zu trennen sind Diskurskoalitionen, die gemeinhin als analytisch zu beobachtender Zusammenhang von Akteuren definiert sind, die sich in der diskursiven Praxis annähern, indem sie sich etwa auf eine gemeinsame Story Line beziehen oder ähnliche Aussagen artikulieren (vgl. Hajer 2008, S. 277; Keller 2006, S. 187; Keller 2008, S. 234; Viehöver 2006, S. 187). Die nicht-intendierten Diskurskoalitionen sind also nicht mit Kampagnenkooperationen gleichzusetzen und unabhängig von diesen zu erwarten.

Aus den von Keller vorgeschlagenen Analyseelementen der inhaltlichen Strukturierung (Deutungsmuster, Klassifikationen, Phänomenstrukturen und Narrative) greift die vorliegende Untersuchung nur zwei heraus. Als grundlegende bedeutungsgenerierende Schemata identifiziert sie zum Ersten Deutungsmuster. Sie stellen wiederkehrende, typische Interpretationsweisen dar und geben jeweils eine Antwort auf die in Entscheidungssituationen implizit gestellte Frage, worum es sich bei einem Phänomen handelt (ähnlich dem Konzept des Rahmens bei Goffman 1980). Hierzu mag als übergeordnetes Beispiel die Bewertung des Reformvertrags selbst dienen: Er kann als katalytischer Rahmen für die Entwicklung eines sozialen Europas (im Sinne des Sozialpolitischen Arguments, SozA) ebenso dargestellt und verstanden werden wie als eine Charta neoliberaler Reformpolitik (also im Sinne der Neoliberalismuskritik, NLK). Zum Zweiten können Narrative identifiziert werden, die sich von den Deutungsmustern im eigentlichen Sinne dadurch unterscheiden, dass sie als eine wiederkehrende Kombination von Aussagen erscheinen, die zeitlich entlang einer Story Line oder eines Plots organisiert sind und im Wesentlichen eine Geschichte erzählen (vgl. Fairclough 2007, S. 83 ff.; Keller 2008, S. 251 f.; Viehöver 2006). Als auffälliges Beispiel kann hier etwa ein progressives Metanarrativ der EU-Integration (Gilbert 2008) genannt werden, mit denen die Vertragsbefürworter in allen betrachteten Fällen ihre europapolitischen Fortschrittserwartungen begründen. Auch eine kapitalismuskritische Gegenerzählung, in die die Neoliberalismuskritik in allen Debatten eingeschrieben ist, fällt unter diese Kategorie. Die irische Erzählung vom wundersamen Aufstieg des Celtic Tiger oder aber die gewissermaßen umgekehrte französische Geschichte des steten Niedergangs der Grande Nation stellen demgegenüber länderspezifische Narrative dar.

Die letztgenannten Beispiele führen zu einer heuristischen Kategorie, die für die hier beschriebene Studie von besonderer Bedeutung ist. Es geht um länder- oder besser gesellschaftsspezifische diskursive Auffälligkeiten, die ganz allgemein mit einem Neologismus als *Soziosynkrasien* bezeichnet werden. Soziosynkrasien manifestieren sich in für den fremdsozialisierten Betrachter geradezu unerhörten Deutungsmustern und Narrativen, die innerhalb der Debatte je einer Diskursgemeinschaft aber regelrecht hegemonial und unwidersprochen auftreten. Sie gehen aus dem Debattenvergleich hervor und verweisen damit auf die einer nationalen Diskursgemeinschaft ›eigenen‹ Wissensbestände.

Textauswahl und -analyse

Ein klarer Vorteil eines synchronen Vergleichs, wie er in der hier beschriebenen Studie vorgenommen wird, besteht in der einfacheren Überschaubarkeit der relevanten Textproduktion. In einem ersten Schritt wurde für jedes Referendum ein gleichwohl umfangreiches Textkorpus, also eine Sammlung ›natürlicher Daten‹: Reden, Pressemitteilungen, Interviews von Sprechern etc., zusammengestellt (F: 620 Texte, NL: 294, IRL: 528). Aus forschungspragmatischen Gründen wurden allein textförmige Daten berücksichtigt. Mit der Textauswahl sollte ein hoher Grad an Repräsentativität erreicht werden. Um die Aufnahme von Daten dennoch einzugrenzen, wurden die folgenden Kriterien definiert:

Zum Ersten wurde für jedes Referendum ein Zeitraum der zu berücksichtigenden Textproduktion festgelegt, der sich jeweils durch Kontextwissen plausibilisieren lässt (F: 1. Dezember 2004 – 29. Mai 2005; NL: 25. Januar 2005 – 1. Juni 2005; IRL: 12. Dezember 2007 – 12. Juni 2008).

Zum Zweiten wurden mittels Vorstudien der Sekundärliteratur, inklusive der je nationalen Presseberichterstattung, sowie durch 29 halbstandardisierte Interviews mit Sprechern der Debatten die zu berücksichtigenden kollektiven Akteure festgelegt. Dabei beschränkte sich die Suche auf solche Organisationen, die mit einer klaren persuasiven Absicht, also für ein Ja oder Nein im Referendum, an der nationalen Debatte beteiligt waren.

Zum Dritten dienten als Quellen zunächst nur die Daten- und Nachrichtenarchive auf den akteurseigenen Webseiten. Denn diese wurden in den betrachteten Fällen nicht allein als ein neues Kommunikationsmedium genutzt, sondern zugleich auch als Live-Archive der eigenen Kampagnenarbeit, auf denen die für die beschriebene Studie relevanten Daten elektronisch abgespeichert wurden.

Bei einer ersten Lektüre wurde gemäß dem Auswertungsverfahren der Grounded Theory mit einem offenen und anpassungsfähigen Kategorienschema gearbeitet. Konkret wurden neue Kategorien während der Arbeit am Gegenstand entwickelt, (Sub-)Argumente hinzugefügt, andere wieder gestrichen oder zusammengeführt. Erst die Relektüre der Codings fand auf der Grundlage des endgültigen Codebuchs statt.

3. Exemplarische Ergebnisdarstellung und vergleichende Betrachtungen

Sprecher und Sprecherpositionen in den Referendumswahlkämpfen

Um die detaillierten Analyseergebnisse, die sich aus der umfangreichen Studie ergeben, überblicksartig darzustellen und einen schnellen Vergleich zu ermöglichen, kommen verschiedene synoptische Instrumente zum Einsatz, die eigens entwickelt worden sind und die auch als methodische Angebote für vergleichbare Forschungsarbeiten angesehen werden können. Die wichtigste Illustration der Sprecher und Sprecherpositionen ist die sog. Diskurslandkarte, die jedem kollektiven Akteur in einem an einem groben Links-rechts-Spektrum der politischen Auseinandersetzung ausgerichtetes Feld einen Platz zuweist. An dieser Stelle sei nur das französische Beispiel wiedergegeben (s. Abbildung 1).

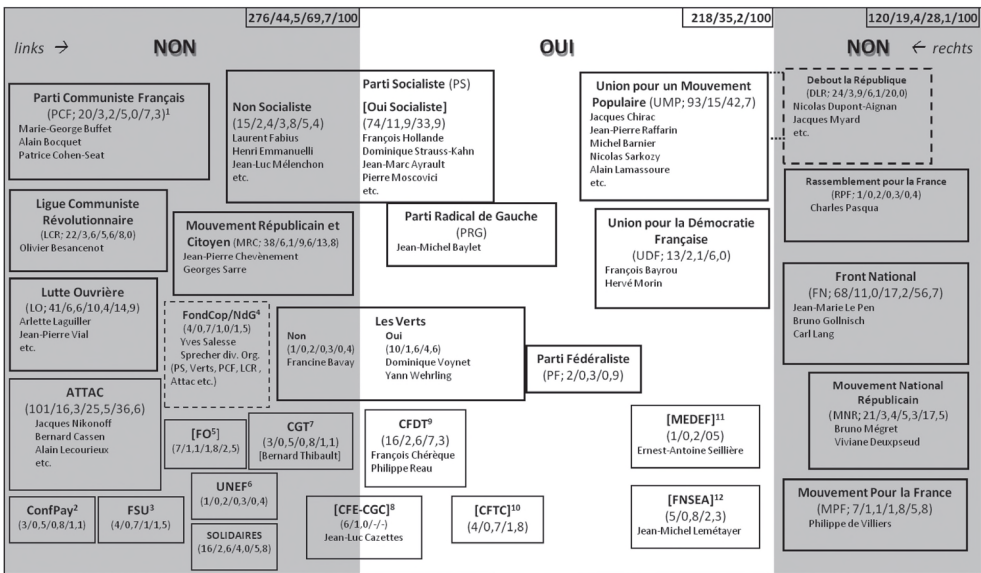


Abbildung 1: Diskurslandkarte Frankreich

Legende: fetter, durchgehender Rahmen = Parteien; dünner durchgehender Rahmen = ständige Interessenorganisationen; gestrichelter Rahmen = Ad-hoc-Organisationen; 1 für alle Zahlenreihen gilt: a/b/c/(d) a: absolute Anzahl der Texte/ b: prozentualer Anteil von Gesamtkorpus/c: prozentualer Anteil von Teilkorpus Oui bzw. Non/d: prozentualer Anteil von Teilkorpus Non links bzw. rechts; 2 Confédération Paysanne; 3 Fédération syndicale unitaire; 4 Fondation Copernic/Non de Gauche; 5 Force Ouvrière; 6 Union nationale des étudiants de France; 7 Confédération générale du travail; 8 Confédération française de l'encadrement – Confédération générale des cadres, die Texte der CFE-CGC sind keinem Lager zugeordnet; 9 Confédération française démocratique du travail; 10 Confédération française des travailleurs chrétiens; 11 Mouvement des entreprises de France; 12 Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles.

Wie die Diskurslandkarte für Frankreich zeigt, haben vier etablierte Parteien, gemäß ihren offiziellen Parteibeschlüssen, Wahlkampf für die Ratifizierung des Verfassungsvertrags geführt, nämlich die damalige Regierungspartei UMP, die Zentristen der UDF, die oppositionelle PS sowie die Grünen (Les Verts). Grüne und Sozialisten erfuhren während der Kampagne eine Spaltung. Besonders auffällig gestaltete sich der öffentlich ausgetragene Bruch bei den Sozialisten. Mit dem Non Socialiste formten die innerparteilichen Dissidenten für die Dauer des Wahlkampfs eine eigene Sprecherposition und stellten damit auch die offizielle Parteilinie infrage. Im linken Nein-Lager beteiligte sich neben der etablierten PCF eine Vielzahl linker Splitterparteien. In besonderem Maße geprägt wurde die französische Debatte allerdings durch eine globalisierungskritische soziale Protestbewegung (mouvement social), die sich Ende der 1990er Jahre in Frankreich gebildet hatte. Im Referendumswahlkampf wurde ihr Engagement zum einen in der intensiven Kampagnenarbeit von Attac deutlich, zum anderen in der Formation eines organisationsübergreifenden Non de Gauche (NdG), das auf der Grundlage eines gemeinsamen Appells von zunächst 200 Prominenten der politischen Linken entstand. Attac, NdG, aber auch PCF und nicht zuletzt das Non Socialiste zeigen auf der Sprecherebene eine deutliche Dominanz der politischen Linken in der französischen Referendumsdebatte an, die sich auch thematisch in der großen Bedeutung einer kapitalismuskritischen Argumentation, zusammengefasst in der sog. Neoliberalismuskritik, niederschlägt. Auf der rechten Seite waren es die nationalistischen Parteien, die sich für ein Nein zum Verfassungsvertrag einsetzten, allen voran die FN unter Jean-Marie Le Pen.

Auch Gewerkschaften und Verbände beteiligten sich an der Debatte sowohl im zentralen Lager der Reformbefürworter als auch im linken Nein-Lager. Die organisierte Zivilgesellschaft trat damit deutlich stärker in Erscheinung als in der niederländischen Debatte, nicht so stark aber wie im irischen Fall. Damit ist bereits eine wesentliche Auffälligkeit der niederländischen Referendumsdebatte benannt. In dieser überließen zivilgesellschaftliche Akteure die Kampagnenaktivitäten weitgehend den politischen Parteien und traten nicht mit eigenen Wahlempfehlungen für oder gegen die Vertragsreform an. Dies führt im Ergebnis zu einer relativen Übersichtlichkeit der Akteurslandschaft.

Auch im niederländischen Fall hat sich ein etabliert-gemäßigter Block herausgebildet, der vor allem den Großteil der parlamentarisch repräsentierten Parteien umfasste. Das linke Nein-Lager wurde von den Sozialisten der SP (Socialistische Partij) dominiert, die einen sehr aktiven Wahlkampf nicht allein mit klassisch linken Themen führten. Im rechten Nein-Lager agierte neben der bereits im Niedergang fortgeschrittenen Partei des 2002 ermordeten Populisten Fortuyn sowie zwei in den Niederlanden immer noch bedeutenden orthodox-calvinistischen Parteien vor allem die politische Gruppierung um den Rechtspopulisten Geert Wilders, der das Referendum nutzte, um sich als neue politische Kraft zu profilieren und die von Fortuyn gleichsam erschlossene populistische Sprecherposition einzunehmen.

Zuletzt zeichnet sich die irische Referendumsdebatte gerade durch eine breite und teils aktive Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure, also von Gewerkschaften, Verbänden und Ad-hoc-Organisationen aus. Dies trifft insbesondere für das ebenfalls zweigeteilte Nein-Lager zu. Das linke Nein-Lager präsentierte sich ähnlich zersplittert wie im

französischen Fall. Darin waren auch die für die irische Diskursgemeinschaft typischen linksrepublikanischen Organisationen aktiv, die links-souveränistische, ja zum Teil offen nationalistische Positionen vertreten, also allen voran Sinn Féin (SF). Im rechten Nein-Lager wirkten indes keine Parteien mit parlamentarischer Repräsentation. Hier spielten zwei Wahlkampforganisationen herausragende Rollen, die jeweils geradezu soziosynkratische Aussagenszusammenhänge in die Debatte einbrachten: das Libertas-Institut, ein finanzstarker Think Tank für eine neoliberale Reformpolitik sowie die von fundamentalistischen Katholiken gegründete Organisation Cóir. Schließlich unterstützten auch im irischen Fall vier der sechs im nationalen Parlament vertretenen Parteien die Ratifizierung und bildeten gemeinsam mit einer Vielzahl von Unternehmensverbänden, einigen Gewerkschaften und anderen Interessengruppen den gemäßigten Block der Vertragsbefürworter.

Damit haben die vorangehenden kursorischen Beschreibungen der Akteurskonstellationen in den drei Referenden und vor allem die Diskurslandkarte für den französischen Fall die allgemeine Beobachtung augenscheinlich werden lassen, dass es in allen betrachteten Debatten zur Herausbildung eines zweigeteilten Nein-Lagers gekommen ist, in dem linksextreme und rechtsextreme Parteien und Gruppierungen agierten. Dieser Befund gilt im Grunde für EU-Vertragsreferenden im Allgemeinen und ist in der entsprechenden Forschungsliteratur immer wieder dokumentiert worden. Harmsen spricht mit Blick auf diese sonderbare Allianz in seiner Untersuchung des niederländischen Referendums 2005 etwa von den »patchworks of protest« (Harmsen 2005, S. 5). An anderer Stelle ist von »unusual coalitions« (De Vreese/Semetko 2004, S. 3) oder »coalisés de circonstance« (Bélogrey 2005, S. 97) die Rede. Die vergleichende Diskursforschung kann dieses offensichtliche Phänomen zum einen mit ihren Mitteln aufspüren und beschreiben, zum anderen kann es die Aussage des Befunds aber noch differenzieren. Dies gelingt über die weiter oben erläuterte Unterscheidung zwischen intendierten Kampagnenkooperationen, die von kollektiven Akteuren im Wahlkampf aus strategischen Gründen bewusst eingegangen werden, und nicht-intendierten Diskurskoalitionen, wobei ideologisch differente und getrennt voneinander operierende Akteure allein über die diskursive Praxis in heterogenen Koalitionen gewissermaßen zueinander finden. Tatsächlich lassen sich in allen untersuchten Fällen solch heterogene Diskurskoalitionen ausmachen.

Ausgewählte Argumente der Referendumsdebatten

Wie in Abschnitt 2 beschrieben hat sich aus der interpretativen Analyse für jeden Fall ein Katalog von Argumenten des Ja- bzw. Nein-Diskurses ergeben. Tabelle 1 gibt diese Aussagenszusammenhänge, die mindestens in einer der drei Debatten vorgekommen sind, mit der Kategorienbezeichnung sowie der rekonstruierten Kernaussage wieder.

Ja-Argumente – Sagen Sie ja zum Vertrag, denn...	
Argument	Kernaussage
Außenpolitisches Argument (APA)	...er steigert die außenpolitische Wirkung und Durchsetzungsfähigkeit der EU.
Chartaargument (ChartA)	...er garantiert den Grundrechtsschutz.
Demokratieargument (DemA)	...er steigert die demokratische Legitimität der EU-Politik.
Historisches Argument (HistA)	...die europäische Einigung hat den Menschen Frieden, Sicherheit, Demokratie und Wohlstand gebracht.
Institutionelles Argument (InstA)	...er verbessert die Funktionsfähigkeit und Zielerreichung der EU.
Konsequentialistisches Argument (KonsA)	...eine Ablehnung schadet dem Land und der Gemeinschaft.
Ökologisches Argument (ÖA)	...er verbessert die Möglichkeiten einer gemeinschaftlichen und effektiven Umweltpolitik.
Sicherheitsargument (SichA)	...er ist gut für die Sicherheit Europas und des Landes.
Sozialpolitisches Argument (SozA)	...er fördert die sozialpolitische Entwicklung der Gemeinschaft.
Wirtschaftsargument (WA)	...die Ratifizierung dient der nationalen Wirtschaftsentwicklung.
Nein-Argumente – Sagen Sie nein zum Vertrag, denn...	
Argument	Kernaussage
Agrarpolitische Kritik (Agrak)	...er schadet der nat. Landwirtschaft/wirft die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik zurück.
Demokratiedefizitkritik (DDK)	...das Demokratiedefizit wird nicht abgebaut bzw. sogar noch verschärft.
Einflussargument (InflA)	...er schwächt die Einflussposition des Landes in der EU-Entscheidungsfindung.
Erweiterungskritik (ErwK)	...er verstetigt die schädliche Erweiterungsdynamik, anstatt sie aufzuhalten.
Militarisierungskritik (MK)	...er befördert die Militarisierung der Europäischen Union.
Neoliberalismuskritik (NLK)	...mit ihm kommt die neoliberale Ideologie in der EU-Politik noch stärker zum Tragen.
Plan B-Argument (PlanB)	...eine vorteilhafte Alternativlösung, ein Plan B, ist erreichbar.
Ökologische Kritik (ÖK)	...er ist schlecht für den Umweltschutz.
Souveränitätsargument (SouvA)	...er bedeutet einen weiteren wesentlichen Verlust nationaler Souveränität und das Ende staatlicher Unabhängigkeit.
Sozialethische Kritik (SEK)	...er gefährdet die nationale Werteordnung.
Wirtschaftskritik (WK)	...er schadet der nationalen Wirtschaftsentwicklung.

Tabelle 1: Argumente in den Referendumsdebatten

Als synoptische Darstellung der Ergebnisse der Argumentenanalyse wurden für Ja- und Nein-Diskurse jeder Debatte aus den Kernaussagen für alle artikulierten (Sub-)Argumente sog. Kumulierte Argumentative gebildet, welche ein dem Untersuchungsgegenstand angemessenen Ersatz für die diskursanalytischen Rekonstruktionen etwa in Form einer Story Line darstellen. Es handelt sich dabei also um exemplarische Rekonstruktionen der Aussagepraxis, die insbesondere für einen Debattenvergleich gut geeignet sind. Trotz ihrer prinzipiellen Überschaubarkeit als Instrument der Ergebnisintegration können allerdings auch die Argumentative an dieser Stelle nicht in Gänze wiedergegeben werden. Um einen oberflächlichen Eindruck über Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen der Aussagepraxis in den Referendumsdebatten zu ermöglichen, seien hier nur ihre Kurzformeln wiedergegeben:

Ja-Diskurs F:	SozA + KonsA + DemA + InstA + APA + HistA + ChartA + WA + SichA + ÖA;
Ja-Diskurs NL:	DemA + InstA + SichA + WA + APA + SozA + KonsA + ChartA + ÖA + HistA;
Ja-Diskurs IRL:	HistA + WA + APA + KonsA + InstA + DemA + ÖA + ChartA + SozA + SichA;
Nein-Diskurs F:	NLK + DDK + WK + PlanB + SouvA + MK + ErwK + SEK;
Nein-Diskurs NL:	SouvA + DDK + WK + NLK + InflA + SEK + ErwK + PlanB + ÖK + MK + AgraK;
Nein-Diskurs IRL:	SouvA + NLK + DDK + MK + PlanB + InflA + WK + AgraK + SEK.

Die Reihenfolge der aufgeführten Argumente ergibt sich dabei jeweils aus der Häufigkeit (absteigend nach Texten), mit der ein Argument in der Referendumsdebatte artikuliert wird. Aus dieser quantitativen Relation lässt sich eine unterschiedliche Gewichtung der Argumente ablesen. Was die feineren und wichtigeren Abweichungen der Ja- und Nein-Diskurse betrifft, werden Ausschnitte aus den Kumulierten Argumentativen nur für die im Folgenden näher betrachteten Argumente am Ende dieses Abschnitts wiedergegeben. Eine Illustration der interpretativen Analyse wird zuvor anhand von Textbeispielen zu je einem Argument für den Ja- und Nein-Diskurs erfolgen. Ausgewählt seien an dieser Stelle das Außenpolitische Argument für den Ja-Diskurs sowie die Neoliberalismuskritik für den Nein-Diskurs.

Das *Außenpolitische Argument* der Befürworter weist klare Vertragsbezüge auf. Als Effekt der Vertragsreform stellt es die Steigerung der außenpolitischen Wirkung und Durchsetzungsfähigkeit der EU in Aussicht. Die Stärkung der EU in der Rolle eines internationalen Akteurs wird von den Befürwortern in allen drei Debatten auf zentrale institutionelle Reformen wie die Einrichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes oder die Stärkung der Rolle des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik, im Verfassungsvertrag gar als Europäischer Außenminister tituliert, zurückgeführt. Mit diesem, so betont etwa der damalige Erste Sekretär der französischen Sozialisten Hollande, könne die EU auf der internationalen Bühne »endlich mit einer Stimme sprechen« (Hollande 2005, S. 7). Das gleiche Deutungsmuster findet sich in einer Äußerung des ehemaligen

niederländischen Premierministers Balkenende, wonach mit der Vertragsreform erstmals sicher gestellt werde, dass Europa in der Welt »mit einem Mund spricht« (Balkenende 2005). Für den IAE-Sprecher im irischen Referendum Kiely bedeutet die Stärkung des Hohen Vertreters immerhin noch »a stronger and louder voice for the EU on the world stage in putting the case for positions that we all agree on« (Kiely 2008). Trotz dieser Ähnlichkeit zwischen den verschiedenen Varianten des Außenpolitischen Arguments zeigt sich doch auch eine auffällige Differenz zwischen den entsprechenden Artikulationen in der irischen und der französischen Referendumsdebatte. Erscheint das APA im französischen Ja-Diskurs geradezu ausgerichtet auf die strategische Vision einer »Europe Puisseance«, also einer – insbesondere gegenüber den USA – unabhängigen europäischen Machtposition, die ausdrücklich auch eine integrierte militärische Komponente umfasst und wird der Verfassungsvertrag auch in diesem Sinne als wesentlicher Fortschritt zu einer »veritablen europäischen Armee und einer europäischen Außen- und Verteidigungspolitik« (Lamassoure 2005) gepriesen, wird der Vertrag von den Sprechern im irischen Ja-Lager als ein wirksames Bollwerk gegen alle Entwicklungen dargestellt, die der Neutralität zuwiderlaufen könnten. Gestärkt würden zwar die Möglichkeiten für Peacekeeping-Einsätze, aber: »while safeguarding our tradition of neutrality« (Cowen 2008).

Die *Neoliberalismuskritik* ist ein vielfach geäußertes Argument in allen Debatten. Nirgendwo erreicht sie allerdings eine derart zentrale und hegemoniale Stellung wie im französischen Nein-Diskurs, was wiederum mit den Beobachtungen der Sprecheranalyse übereinstimmt, wonach das Nein-Lager dort durch die vielgestaltige Linke dominiert worden ist. Die Kernaussage der NLK ist, dass mit dem Vertrag die neoliberale Ideologie in der EU-Politik noch stärker zum Tragen komme. In der französischen Referendumsdebatte scheint allein die Etikettierung des Verfassungsvertrags als »neoliberal«, »ultraliberal« oder schlichtweg »liberal« auszureichen, um die Vertragsreform zu disqualifizieren. Die neoliberale Reformagenda, die der EU ohnehin in einer großen kapitalismuskritischen Gegenerzählung unterstellt wird, gipfeln in der Aufnahme des Prinzips des freien und unverfälschten Wettbewerbs in den Zielkatalog des Verfassungsvertrags. Dieses Prinzip »ist das Schlüsselement [die Schlüsselstelle, WJS] dieses Texts und alles andere lässt sich daraus ableiten« (NonSoc 2005), wie ein Pamphlet der sozialistischen Abweichter unterstellt. Auch im niederländischen Nein-Diskurs lässt sich eine wenngleich seltenere und deutlich weniger emphatisch geäußerte Neoliberalismuskritik ausmachen. So konstatiert etwa das CGN (Comité Grondwet Nee), dass »[i]n der Europäischen Verfassung der freie Markt über allem stehe« (CGN 2005). Ein besonderer Fokus der niederländischen Vertragsgegner lag dabei ähnlich wie im französischen Beispiel auf der unterstellten Liberalisierung des Öffentlichen Dienstes. Eine kritische Aussage im Hinblick auf die Festschreibung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, ein wesentliches Subargument der französischen NLK, wird im niederländischen Nein-Diskurs allerdings an keiner Stelle geäußert. Stattdessen bildet die geradezu unumstrittene finanzpolitische Stabilitätsorientierung des Landes die ideologische Grundlage für eine Wirtschaftskritik, die dem Vertrag gerade eine unzulässige Aufweichung dieses Pakts unterstellt.

Zuletzt spielte die Neoliberalismuskritik zwar auch in der irischen Referendumsdebatte eine Rolle, sie wurde in diesem Beispiel aber von einer ihrerseits neoliberalen Über-

zeugungen verpflichteten Wirtschaftskritik noch stärker relativiert und in den Schatten gestellt. Die linken Vertragsgegner, etwa der Kampagnenkooperation CAEUC (Campaign against the European Constitution), kritisierten zwar durchaus auch die wahrgenommene wettbewerbsbedingte Abwärtsspirale bei Löhnen und Sozialstandards: »The EU is forcing people in wealthier regions to compete with the poor and jobless in a race to the bottom« (CAEUC 2008). Die dem Sozialdumping vergleichbare Problemdiagnose eines womöglich ebenso ruinösen steuerpolitischen Wettbewerbs, eines Fiskaldumpings, wie sie ein selbstverständliches Element insbesondere der französischen, aber auch der niederländischen NLK ist, kommt hingegen im irischen Nein-Diskurs in keinem Text vor.

Zu den im Vorangegangenen betrachteten Argumenten (APA, NLK) werden nun die zugehörigen Ausschnitte aus den Kumulierten Argumentativen wiedergegeben. Die genannten Vergleichsaspekte werden darin besonders anschaulich.

Ja-Diskurse:

[...] |APA F| Der Verfassungsvertrag steigert die außenpolitische Wirkung und Durchsetzungsfähigkeit der EU. Denn sie erhält zum einen die Rechtspersönlichkeit im internationalen Recht, zum anderen mit dem ständigen Präsidenten des Europäischen Rates sowie insbesondere dem europäischen Außenminister neue Vertreter auf der internationalen Bühne. Der Vertrag gibt Europa die Mittel, der ihm zustehenden Rolle als unabhängiger, kontinentaler Weltmacht gerecht zu werden und auf Augenhöhe mit den USA, aber auch aufstrebenden Mächten wie China und Indien zu verhandeln. Angesichts der neuen Herausforderungen einer globalisierten Welt ist das Auftreten als kontinentaler Akteur unbedingt erforderlich. Mit dem Vertrag schafft die EU endlich die Grundlagen für eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eine gemeinsame Verteidigung, zumindest im Rahmen der flexiblen Integration. [...]

[...] |APA NL| Der Vertrag steigert die außenpolitische Wirkung und Durchsetzungsfähigkeit der EU. Denn mit dem Amt des europäischen Außenministers erhält die EU erstmals Gesicht und Stimme auf der Weltbühne. Mit dem Vertrag verpflichtet sich die EU klar zu einer wertebundenen Außenpolitik auf der Grundlage des Völkerrechts und im Sinne internationaler Solidarität. Die Entwicklung einer eigenständigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird voran gebracht. Die EU kann der amerikanischen Machtpolitik mit einem friedvolleren Gegenmodell begegnen. [...]

[...] |APA IRL| Der Vertrag steigert die außenpolitische Wirkung und Durchsetzungsfähigkeit der EU. Die Fähigkeit der Union zu Peacekeeping-Einsätzen und humanitären Interventionen wird gestärkt. Irland ist als kleiner Staat in seinem externen Auftreten und Handeln besonders auf die multilaterale Zusammenarbeit angewiesen. Er stärkt das Bekenntnis und die Handlungsfähigkeit der EU in den

Bereichen der Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung. Letztlich kann nur eine reformierte EU den vielfältigen Herausforderungen der Globalisierung, denen kein Staat allein mehr gewachsen ist, effektiv begegnen. [...]

Nein-Diskurse:

[NLK F] Mit der Ratifizierung des Vertrags kommt die neoliberale Ideologie in der EU-Politik noch stärker zum Tragen. Der Verfassungsvertrag ist in Wahrheit ein Manifest, das die neoliberale Wirtschaftspolitik für die Zukunft festschreibt. Denn alle politischen Maßnahmen werden dem freien und unverfälschten Wettbewerb im Binnenmarkt untergeordnet. Der Vertrag institutionalisiert das Sozial- und Fiskaldumping innerhalb einer erweiterten Gemeinschaft und bietet keinerlei Aussicht auf die sozial- oder steuerpolitische Harmonisierung. Dies wird zu einer kompetitiven Deregulierung der Arbeitsmärkte sowie einem ruinösen Steuerwettbewerb führen. Der Vertrag stellt zudem einen weiteren Angriff auf den Öffentlichen Dienst französischer Prägung dar, weil Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für den Wettbewerb geöffnet werden. Der Vertrag bleibt einer monetaristischen Währungspolitik verhaftet, die EZB soll auch künftig in absoluter Unabhängigkeit einzig das Ziel der Preisstabilität verfolgen. Der stupide Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt in seiner rigiden Form erhalten und schränkt weiterhin die haushaltspolitischen Spielräume der Mitgliedstaaten ein. [...]

[...] [NLK NL] Mit der Ratifizierung des Vertrags kommt die neoliberale Ideologie in der EU-Politik noch stärker zum Tragen. Denn es kommt zu einer primärrechtlichen Festschreibung der marktradikalen Wirtschaftsordnung. Die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wird weiter vorangetrieben und damit die nationale Daseinsvorsorge gefährdet. Die Deregulierung der nationalen Arbeitsmärkte wird befördert, wodurch eine kompetitive Abwärtsspirale ausgelöst wird. Zuletzt bekräftigt der Vertrag die negative Rolle der EU in einer ausbeuterischen Welthandelsordnung zulasten der Entwicklungsländer. [...]

[...] [NLK IRL] Mit der Ratifizierung des Vertrags kommt die neoliberale Ideologie in der EU-Politik noch stärker zum Tragen. Denn es kommt zu einer primärrechtlichen Festschreibung der marktradikalen Wirtschaftsordnung. Die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wird weiter vorangetrieben und damit die nationale Daseinsvorsorge gefährdet. Die Deregulierung der nationalen Arbeitsmärkte wird befördert, wodurch eine kompetitive Abwärtsspirale ausgelöst wird. Die primärrechtliche Verpflichtung auf die Preisstabilität und die Mechanismen des Stabilitäts- und Wachstumspakts beschränken die volkswirtschaftlichen Gestaltungsspielräume der Nationalstaaten noch stärker als bisher. Zuletzt bekräftigt der Vertrag die negative Rolle der EU in einer ausbeuterischen Welthandelsordnung zulasten der Entwicklungsländer. [...]

Fazit

Der entscheidende Vorteil einer diskursanalytischen Referendumsforschung besteht in der systematischen Untersuchung der Referenden in ihrer je eigenen soziohistorischen Komplexität. Dadurch wird die in vielen Studien in diesem Feld beobachtbare artifizielle Abspaltung der Wahlakte und Abstimmungsergebnisse von den diskursiven Prozessen, aus denen sie hervorgehen, konsequent vermieden. An die Stelle einer ex-post-rationalisierenden Ursachenforschung tritt das Vorgehen einer hermeneutischen Rekonstruktion gesellschaftlicher Kommunikations- und Deutungsprozesse.

Konkret vermeidet etwa die oben beschriebene Sprecheranalyse eine Konzentration auf die parteipolitischen Akteure, die auch am üblichen politischen Wettbewerb um Ämter und Positionen beteiligt sind, und zeigt sich offen gegenüber neuen und einer Diskursgemeinschaft eigenartigen Sprecherpositionen, die erst im Wahlkampf und vielleicht nur für seine Dauer be-/entstehen. Damit verbunden, eignet sich die vergleichende Argumentenanalyse insbesondere auch für die Identifikation und Rekonstruktion eigenartiger und abweichender Aussagepraxis. Im Ergebnis resultiert daraus für den – zumal fremdsozialisierten – Betrachter der unmittelbare Eindruck interdiskursiver Dissonanzen, der sich insbesondere angesichts der sog. Soziosynkrasien verstärkt. Mögen diese für fremde Ohren ganz ungewohnt, vielleicht unangemessen oder gar unerhört klingen, kennzeichnen sie innerhalb einer Diskursgemeinschaft meist unbestrittene Überzeugungen und Wissensbestände erster Ordnung, die zumindest vorübergehend nicht infrage gestellt werden. So findet sich in der irischen Referendumsdebatte die Aussage, dass die außenpolitische Neutralität des Landes durch die Vertragsreform gefährdet sei, ebenso wie die gegenteilige Behauptung, dass sie durch den Vertrag wirksam geschützt sei. An keiner Stelle aber wird die Gefährdung der Neutralität begrüßt. Ganz ähnlich verhält es sich im niederländischen Fall mit dem Tierschutz. Auf sozioökonomischem Gebiet wird von den Gegnern vor einer Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts für die Währungsunion gewarnt. Befürworter sehen ihn durch die Vertragsreform ausreichend gesichert. Niemand aber hebt hervor, dass der »stupide« Pakt mit dem Vertrag endlich aufgeweicht würde oder kritisiert das Festhalten an der strikten Vereinbarung. Diese Aussagenmuster treten hingegen exklusiv in der französischen Referendumsdebatte auf. Hier wird zuletzt entweder der Schutz des Laizismus durch den Verfassungsvertrag begrüßt oder vor seiner Gefährdung gewarnt; niemand aber begrüßt seine Gefährdung oder warnt vor seinem Schutz.

Doch diese wenigen Beispiele für interdiskursive Dissonanzen und tatsächliche Soziosynkrasien sollen schon genügen, um ein abschließendes integrationstheoretisches Fazit zu ziehen. In der Tat berechtigt die im Vorangegangenen beschriebene Studie zu einigen tentativen Annahmen über die Integrationsentwicklung, deren wesentlichste auf die Feststellung einer ungleichzeitigen Widerständigkeit gesellschaftlicher Wissensordnungen hinausläuft. Denn was innerhalb einer Diskursgemeinschaft, nach Auffassung der EU-Kommission oder einer Mehrheit der mitgliedstaatlichen Regierungen als einer grundlegenden Reform bedürftig und zugänglich erscheint, mag in einer anderen Gesellschaft mit weithin geteilten oder gar unumstrittenen Wissensbeständen verbunden sein,

so dass eine Reform jenseits der Grenzen des Sagbaren, zumindest des politisch Vertretbaren liegt. Und da eine diskursive Harmonisierung in der fragmentierten europäischen Öffentlichkeit nicht ohne Weiteres zu erwarten ist, schlägt sich die ungleichzeitige Widerständigkeit in strukturellen Integrationshemmnissen nieder, die sich im üblichen ausgleichenden Modus der europäischen Systemgestaltung auf der Grundlage eines europapolitischen Spezialdiskurses in diplomatischer Weise umgehen lassen mögen, die aber in nationalen allgemein-öffentlichen Auseinandersetzungen über gemeinschaftliche Reformprojekte zwangsläufig manifest werden und einen Integrationsfortschritt nachhaltig behindern können. Auch auf diese Weise lassen sich die krisenhaften Ereignisse des Verfassungsprozesses im Lichte des Legitimitätsdefizits der Europäischen Union erklären.

Literatur

- Aboura, S. (2005): French media bias and the vote on the European constitution. In: *European Journal of Political Economy* 21 (4), S. 1093-1098.
- Balkenende, J. P. (2005): ›Het oranjevoel gaat niet verloren‹. 20. 5. 2005. www.volkskrant.nl/vk/nl/2844/Archief/archief/article/detail/646751/2005/05/20/Het-oranjevoel-gaat-niet-verloren.dhtml. (Abruf: 14.12.2012).
- Barber, B. R. (1994): *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch.
- Bélorgey, G. (2005): La question économique dans le débat référendaire. In: *Revue Politique et Parlementaire* 107 (1036), S. 96-108.
- Berger, P. L./Luckmann, T. (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: Fischer.
- CAEUC (2008): Lisbon Treaty. Vote No. Feb. 2008. www.campaign-against-eu-constitution.org/files/CAEUCpamphlet4Feb08.pdf (Abruf 28.1.2010).
- CGN (2005): 5 redenen om tegen te stemmen. 6. 5. 2005. www.web.archive.org/web/20070907091552/http://www.grondwetnee.org/grondwetnee2.php?subaction=showfull&id=1115393004&archive=&start_from=&ucat=2&category=2 (Abruf 14.10.2010).
- Cowen, B. (2008): Ninety-Eighth Plenary Session of National Forum On Europe, St Patrick's Hall, Dublin Castle. 22. 5. 2008. www.forumoneurope.ie/index.asp?locID=508&docID=1682 (Abruf 24.11.2009).
- De Vreese, C./Semetko, H. A. (2004): *Political Campaigning in Referendums. Framing the referendum issue*. London und New York: Routledge.
- Downs, A. (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr.
- Dryzek, J. S. (2000): *Deliberative democracy and beyond: liberals, critics, contestations*. Oxford und New York: Oxford University Press.
- Fairclough, N. (2007): *Analysing discourse textual analysis for social research*. London und New York: Routledge.
- Foucault, M. (1981): *Archaeologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gilbert, M. (2008): Narrating the Process: Questioning the Progressive Story of European Integration. In: *Journal of Common Market Studies* 46 (3), S. 641-662.
- Glaser, B. G./Strauss, A. L. (2010): *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. 3. Auflage. Bern: Huber.
- Goffman, E. (1980): *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Göler, D. (2006): *Deliberation – ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002 – 2003*. Baden-Baden: Nomos.

- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1983): *Diskursethik – Notizen zu einem Begründungsprogramm*. In: Habermas, J. (Hrsg.): *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 53-126.
- Habermas, J. (1998): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hajer, M. A. (2008): *Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung*. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, S. 271-298.
- Harmsen, R. (2005): *The Dutch Referendum on the Ratification of the European Constitutional Treaty. EPERN Referendum Briefing Paper*.
- Hollande, F. (2005): *Mes 5 raisons de voter oui*. In: *Tribunes Socialistes* vom 12. 4. 2005, S. 5-7.
- Inglehart, R. (1970): *Cognitive Mobilization and European Identity*. In: *Comparative Politics* 3 (1), S. 45-70.
- Keller, R. (2006): *Wissenssoziologische Diskursanalyse*. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, S. 115-146.
- Keller, R. (2007): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Keller, R. (2008): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (2006): *Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung*. In: dies. (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, S. 7-30.
- Keller, R./Viehöver, W. (2006): *Diskursanalyse*. In: Behnke, J./Gschwend, T./Schindler, D./Schnapp, K. (Hrsg.): *Methoden der Politikwissenschaft: neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*. Baden-Baden: Nomos, S. 103-111.
- Kiely, B. (2008): *Irish Alliance for Europe welcomes Chambers Ireland position in favour of the Lisbon Treaty*. 15. 5. 2008. www.web.archive.org/web/20080517070513/yestolisbon.ie/index.php/component/content/article/48?ed=1 (Abruf 11.10.2009).
- Kleinnijenhuis, J./Takens, J./Atteveldt, W. H. v. (2005): *Toen Europa de dagbladen ging vullen*. In: Aarts, K./van der Kolk, H. (Hrsg.): *Nederlanders en Europa: het referendum over de Europese grondwet*. Amsterdam: Bakker, S. 123-144.
- Knoblauch, H. (2006): *Diskurs, Kommunikation und Wissenssoziologie*. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, S. 209-226.
- Lamassoure, A. (2005): *Directive Bolkestein. März 2005*. www.web.archive.org/web/20050606171423/www.u-m-p.org/site/InterviewAffiche.php?IdActualite=515 (Abruf 7.7.2010).
- Link, J. (2006): *Diskursanalyse unter besonderer Berücksichtigung von Interdiskurs und Kollektivsymbolik*. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, S. 407-430.
- Lucardie, P. (2005): *De campagne: David tegen Goliath?* In: Aarts, K./Van der Kolk, H. (Hrsg.): *Nederlanders en Europa: het referendum over de Europese grondwet*. Amsterdam: Bakker, S. 104-122.
- Lupia, A./McCubbins, M. D. (1998): *The democratic dilemma. Can citizens learn what they need to know?* Cambridge, New York und Melbourne: Cambridge University Press.
- Marsh, M. (2010): *Voting behaviour*. In: Coakley, J./Gallagher, M. (Hrsg.): *Politics in the Republic of Ireland*. 5. Auflage. Abingdon, Oxon und New York: Routledge, S. 168-197.
- Neyer, J. (2003): *Discourse and Order in the EU*. In: *Journal of Common Market Studies* 41 (4), S. 687-706.

- Nijeboer, A. (2005): The Dutch Referendum. In: *European Constitutional Law Review* 1, S. 393-405.
- NonSoc (2005): Au nom de l'Europe Votez non.. www.web.archive.org/web/20050530232948/http://www.nonsocialiste.fr/ (Abruf 18.2.2011).
- O'Brennan, J. (2009): Ireland says No (again): the 12 June 2008 Referendum on the Lisbon Treaty. In: *Parliamentary Affairs* 62 (2), S. 258-277.
- Perrineau, P. (2006): La logique du ›Non‹ en France. In: Marcet, J. (Hrsg.): *La Constitution Européenne à référendum. Espagne et France 2005*. Barcelona: Institut de Ciències Polítiques i Socials, S. 85-101.
- Piar, C./Gerstlé, J. (2005): Le cadrage du référendum sur la Constitution européenne: La dynamique d'une campagne à rebondissements. In: Laurent, A./Sauger, N. (Hrsg.): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen du 29 mai 2005: comprendre le ›Non‹ français*. Paris: Cevipof, S. 42-73.
- Quinlan, S. (2008): The Lisbon Treaty Referendum 2008. In: *Irish Political Studies* 24 (1), S. 107-121.
- Risse, T. (2000): Let's argue! Communicative Action in World Politics. In: *International Organization* 54 (1), S. 1-39.
- Sartori, G. (2006): *Demokratiethorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Sauger, N./Brouard, S./Grossman, E. (2007): *Les Français contre l'Europe. Les sens du référendum du 29 mai 2005*. Paris: Les Presses de Sciences Po.
- Schild, J. (2005): Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum. In: *integration* 2005 (3), S. 187-200.
- Schumpeter, J. A. (1942/2005): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Stuttgart: UTB.
- Schünemann, W. J. (2010): Wieder ein Sieg der Angst? Das zweite irische Referendum über den Lissabon-Vertrag in der Analyse. In: *integration* 33 (3), S. 224-239.
- Schünemann, W. J. (2013): *Subversive Souveräne – eine vergleichende Diskursanalyse der Referenden über den EU-Verfassungs- bzw. Reformvertrag in Frankreich, den Niederlanden und Irland, i.V.*
- Sinnott, R./Elkink, J. A./O'Rourke, K./McBride, J. (2009): *Attitudes and Behaviour in the Referendum on the Treaty of Lisbon*. Report prepared for the Department of Foreign Affairs. UCD Geary Institute: University College Dublin.
- Strauss, A. L. (1998): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung*. München: Fink.
- Viehöver, W. (2006): Diskurse als Narrationen. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, S. 179-208.
- Voogd, L. d. (2005): L'information, clé du ›oui‹ à la Constitution. In: Reynié, D. (Hrsg.): *L'opinion européenne en 2005*. Paris: La Table Ronde, S. 107-118.

Anschrift:

Wolf J. Schünemann
 Universität Koblenz-Landau, Institut für Sozialwissenschaften
 (Abt. Politikwissenschaft)
 Kaufhausgasse 9, 76829 Landau
 schuenemann@uni-landau.de